

<b>Bericht</b>	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 208 - Kinder, Jugend und Familie
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Christine Roddewig-Oudnia +49 202 563 2603 +49 202 563 8137 christine.roddewig@stadt.wuppertal.de
	Datum:	29.10.2024
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/1290/24/2. Neuf.</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>29.10.2024</b>	<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>31.10.2024</b>	<b>Integrationsausschuss</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Auswirkungen der geplanten Landeskürzungen 2025 auf die Kinder- und Jugendhilfe</b>		

## Grund der Vorlage

Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung für 2025 sieht eine Reihe von Kürzungen im sozialen Bereich vor, die die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe direkt und indirekt betreffen werden. Es ist zu begrüßen, dass die Landesregierung die Kinder- und Jugendhilfe und den institutionellen Bildungsbereich weitestgehend ausnimmt. Dennoch werden die Kürzungen die Wuppertaler Familien, Kinder und Jugendlichen treffen. Der Bericht informiert über die Auswirkungen, wenn die geplanten Kürzungen wie geplant umgesetzt würden.

## Beschlussvorschlag

Entgegennahme ohne Beschluss

## Einverständnisse

entfällt

## Unterschrift

Nocke

## Begründung

Auch wenn die Kinder- und Jugendhilfe sowie der Bildungsbereich weitestgehend von den Kürzungen im Landeshaushalt 2025 verschont bleiben sollen, wären Wuppertaler Familien durch die geplanten Einsparungen sowohl direkt als auch indirekt berührt.

Zu den geplanten Kürzungen gehören:

**1. Kürzung der Förderung von Kooperationen der Familienberatung mit Familienzentren (-66%)**

Die Kürzung der Förderung von Kooperationen der Familienberatung mit Familienzentren kann bereits konkretisiert werden, da aktuell die neue Förderrichtlinie für 2025 eingegangen ist. Die Beratung der Familienberatung wird pro Familienzentrum um 2 Stunden auf 20 Stunden im Jahr gekürzt.

Die Beratung in den Familienzentren ist ein wichtiger Baustein, um ratsuchende Familien auf einfachen Wegen zu erreichen. Die Kooperation der Erziehungsberatung mit den Familienzentren stellt zudem eine wesentliche Voraussetzung für die Zertifizierung als Familienzentrum dar.

**2. Kürzung der zusätzlichen Mittel in der Familien- und Schwangerschaftsberatung für geflüchtete Frauen und Familien (-100%)**

Hiervon sind bei Wuppertaler Trägern konkrete Angebote bedroht, wie beispielsweise muttersprachliche Beratung und Informationsweitergabe. Der weiterhin bestehende Bedarf wird dann mit den bereits jetzt nicht auskömmlich vorhandenen Mittel der Beratungsstellen aufgefangen werden müssen. Das wird das Angebot für alle Frauen und Familien in hochsensiblen Notlagen erheblich belasten.

**3. Wegfall der Mittel für Eltern-Kind-Maßnahmen für Familien in besonderen familiären Belastungssituationen bei Familienbildungseinrichtungen (-100%)**

Dadurch können vor allem Familien in schwierigen Lebenslagen nicht mehr von den präventiven Maßnahmen der Familienbildungsstätten profitieren.

**Verschärft wird dies noch durch beabsichtigte Kürzungen in folgenden Bereichen:**

**a) Kürzungen im Gebührennachlass für sozial benachteiligte Familien (-66%):**

Somit wird auch der Zugang zu Regelangeboten der Familienbildungsstätten für finanzschwächere Familien unmöglich gemacht.

**b) Kürzung bei den gebührenfreien Elternkurse (-45%):**

Die Kürzungen im Bereich der Familienzentren für die gebührenfreien Elternkurse „Elternstart NRW“. Diese würden insbesondere Angebote für Eltern mit Kindern im 1. Lebensjahr treffen und damit eine Lücke in der Familiengrundbildung in Wuppertal hinterlassen.

Dies alles wird dazu führen, dass Wuppertaler Familien von Angeboten mit hoher präventiver Wirkung ausgeschlossen würden.

**4. Berufseinstiegsbegleitung (-47%) und KAOA (-60%):**

Jugendliche werden von den geplanten Kürzungen in der beruflichen Orientierung (u.a. Berufseinstiegsbegleitung und KAOA) sehr direkt betroffen sein, auch wenn zumindest für 2 Jahre die Regelförderung KAOA in eine befristete ESF Förderung umgesteuert werden soll.

**5. Täter-Opfer-Ausgleich**

Die Beratungsstelle „Balance“ der Bewährungshilfe Wuppertal, die in Wuppertal die Beratung und Umsetzung des Täter-Opfer-Ausgleichs durchführt, wird die Arbeit Ende des Jahres einstellen müssen. Davon wird auch der Täter-Opfer-Ausgleich für Jugendliche und

Heranwachsende betroffen sein, die bisher in Kooperation mit dem Jugendamt durchgeführt wurden.

### **Auswirkungen insgesamt**

Auch wenn Kinder, Jugendliche und Familien nicht explizit genannt sind, so werden die geplanten Kürzungen in der Gefährdetenhilfe, der Suchthilfe, im Frauenbereich für die Betreuung von Opfern von Menschenhandel und bei der Integration von geflüchteten Menschen Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und ihre Familien entfalten. So haben in Wuppertal mehr als die Hälfte der Familien einen Migrationshintergrund, bei den Kindern unter 18 Jahren sind es 67 %. Viele Familien sind in den letzten Jahren neu zugewandert.

Der im Kinder- und Jugendhilfegesetz rechtlich normierte Anspruch und Auftrag des Jugendamtes, gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Wuppertal zu ermöglichen und Familien erforderliche Unterstützungsstrukturen zu bieten, wird mit diesen Kürzungen einen herben Einschnitt erfahren. Kinderschutz beginnt nicht erst, wenn Eltern am Ende ihrer Möglichkeiten sind und eine Kindeswohlgefährdung schon eingetreten ist. Es braucht gute bedarfsgerecht zugeschnittene Unterstützungsstrukturen und die dafür erforderlichen Mittel, um es möglichst nicht dazu kommen zu lassen. Nur so können die Wuppertaler Akteure wirkungsvoll und gemeinsam ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern, Jugendlichen und Familien bewirken, ihre gesellschaftliche Integration ermöglichen und entkoppelten, radikalierenden Tendenzen entgegenwirken. Fehlen diese Angebote und Strukturen mittel- bis langfristig ist eine Zunahme eskalierender Notlagen zu befürchten, die sich steigend auf pflichtige Jugendhilfemaßnahmen auswirken werden.

In Wuppertal mit seinen vielfältigen sozialen Herausforderungen ist dabei die Streichung der KommAn Mittel für die vielen ehrenamtlich Engagierten in Flüchtlingsinitiativen, Vereinen und Migrantenorganisationen eine erhebliche Schwächung der nötigen Einbindung von starken Kräften der Zivilgesellschaft für den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.

### **Klimacheck**

Hat das Vorhaben eine langfristige Auswirkung auf den Klimaschutz und/oder die Klimafolgenanpassung?

- neutral /nein
- ja, positive Auswirkungen
- ja, negative Auswirkungen

Begründung: